

## Arbeitszeit gehört auf den Prüfstand

Roland Staudé findet klare Worte bei der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Zur Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses im Landtag NRW am 8. August 2023 nahm Roland Staudé als Vorsitzender der Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) kein Blatt vor den Mund und sprach bei dem Gesetz mit der Überschrift „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in NRW“ von einer Farce.



Im Landtag: Jörg Blöming (MdB), Marcus Michel, Janina Kremers, Ulrich Biermann, Erich Rettinghaus, Carolin Kirsch (MdB), Roland Staudé und Rainer Hengst (v. l.)

Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ernsthaft zu steigern, dürfe man sich der Diskussion einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit nicht verschließen. **Roland Staudé:** „Das Land NRW muss sich endlich ernsthaft einer Diskussion zur Einführung der 39-Stunden-Woche stellen.“

Auch der DBB NRW weiß, dass dies eine große politische Herausforderung ist. Doch kann man es sich nicht leisten, dieses wichtige Attraktivitätsmodul im Vergleich zur Privatwirtschaft aus finanziellen Gründen außen vor zu lassen.

### Wir brauchen eine politische Lösung

„Geld ist jetzt nicht da, Geld wird im nächsten Jahr und auch in den nächsten zehn Jahren nicht da sein. Deshalb brauchen wir eine politische Lösung“, so der DBB NRW Vorsitzende.

### Langzeitarbeitskonten versus Lebensarbeitszeitkonto

Flexible Arbeitszeitmodelle werden eingesetzt, um auf gesellschaftliche Entwicklungen, wie den demografischen Wandel oder geänderte Wertevorstellungen bezüglich der

Lebensgestaltung unter Berücksichtigung dienstlicher Belange zu reagieren.

Mit den in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Langzeitarbeitskonten hat der DBB NRW erhebliche Probleme. Daher fordert der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion zumindest eine Modifikation in ein echtes Lebensarbeitszeitkonto.

### Auf die vom Nachwuchs priorisierte „Work-Life-Balance“ reagieren

Durch die Zusammenführung und Integration verschiede-

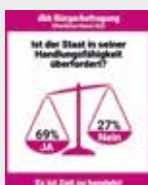
ner Kontenmodelle in ein einheitliches Lebens-/Langzeitarbeitskonto ergibt sich aus Sicht des DBB NRW die Chance für den öffentlichen Dienst, auf diese geänderten Vorstellungen und vor allem auf die vom Nachwuchs priorisierte „Work-Life-Balance“ optimal zu reagieren.

Dies könnte das Modell der Langzeitarbeitskonten mit einem echten zusätzlichen Anreiz versehen, damit die Kolleginnen und Kollegen ein paar Monate früher in den Ruhestand gehen könnten, so wie dies beispielsweise in den Bundesbehörden bereits geschieht.

Roland Staudé: „Darüber hinaus regen wir die Implementierung eines individuellen und personalisierten Zeitkontos mit Hinweisooptionen auf konkrete Verfalldaten an.“ Diese sei fester Bestandteil von Personal- und Feedbackgesprächen, um mit den Vorgesetzten konkrete Verwendungsmöglichkeiten (z. B. Ansparoptionen, Freizeitausgleich oder Auszahlung) festzulegen. ■

## 2 Vertrauen fällt, Gewaltbereitschaft steigt

Ergebnis der dbb Bürgerbefragung nicht überraschend



## 3 Echte Lebensarbeitszeitkonten einführen

SPD-NRW-Fraktionsvorsitzender Jochen Ott im Interview



## 6 Einkommensrunde fest im Blick

Sitzung der DBB NRW Tarifkommission



# Therapie statt kleiner Pflaster – bevor es zu spät ist

Jetzt Aktion „Lebenselixier“ unterstützen und Plakat anfordern

**Deutscher Beamtenbund und Tarifunion NRW fordert umgehende Therapiemaßnahmen gegen die „Infirmata Administratio“ (Geschwächter Dienst), zur Rettung des Patienten öffentlicher Dienst.**

Der DBB NRW kritisiert die stete Medikation einer längst diagnostizierten und inzwischen bereits chronischen Schwächung des Öffentlichen Dienstes mit kleinen Pflastern durch die Landesregierung, ohne einen zielführenden Therapieplan erarbeiten zu wollen. Die Verabreichung weiterer Placebos lehnt der DBB NRW ab.

Daher führt der DBB NRW u. a. die Aktion „Lebenselixier“ durch und stellt sowohl den Fachgewerkschaften im nordrhein-westfälischen Beamtenbund als auch seinen Kreis- und Stadtverbänden Plakate kostenfrei zur Verfügung, die auf die Kampagne aufmerksam machen sollen.



Diese können in der benötigten Menge bei der Landesgeschäftsstelle des DBB NRW

Beamtenbund und Tarifunion per Mail ([post@dbb-nrw.de](mailto:post@dbb-nrw.de)) bestellt werden.

## Berufspolitik

# Vertrauen fällt, Gewaltbereitschaft steigt

Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gefährdet – DBB NRW sieht sich in seinen Warnungen bestätigt

**Das Ergebnis der 17. dbb Bürgerbefragung 2023 kommt für den Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) nicht überraschend. Aktuell gehen demnach nur noch 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen.**

Insbesondere bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Bildungspolitik sowie in der Klima- und Umweltpolitik stellen die Bürgerinnen und Bürger den staatlichen Dienstleistungen und Institutionen schlechte Noten aus.

Der DBB NRW sieht sich daher in seinen jahrelangen Warnungen bestätigt. **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Die Frustration der Bürgerinnen und Bürger über die gefühlte Handlungsunfähigkeit des Staates, unzureichend erbrachte Dienstleistungen, modernisierungsbedürftige Einrichtungen und marode Infrastruktur geht unmittelbar mit einer unübersehbaren Erosion des gesellschaftlichen Zusammenlebens und einer Spal-

tung der Gesellschaft einher.“ Fatalerweise würden die Be-

schäftigten des öffentlichen Dienstes zunehmend Prellbock

und Blitzableiter dieses gesellschaftlichen Frustes, so der DBB NRW Vorsitzende.

Tatsächlich gibt die Studie Staude recht. Inzwischen konstatieren 80 Prozent der Befragten eine generelle Verrohung der Gesellschaft. 26 Prozent sind dabei selbst Zeuge von Übergriffen auf öffentlich Bedienstete geworden. Mehr



© DBB NRW (2)

als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (54 Prozent) wurde bisher selbst beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen.

### Ohne Denkverbote in Modernisierungsdialo mit Landesregierung eintreten

Deshalb ist es für den DBB NRW wichtig, jetzt ohne Denk-

verbote in den Modernisierungsdialo mit der Landesregierung einzutreten, um den öffentlichen Dienst wieder fit für seine Kernaufgaben zu machen.

Als wichtigste Aufgaben des Staates sehen die Befragten nämlich die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit, die Verbesserung der Infrastruktur

sowie den Klimaschutz und eine geordnete Migration.

Statt die Mittel für die Digitalisierung zu kürzen und ständig immer neue, immer kompliziertere Gesetze zu verabschieden, sollte mit mehr Digitalisierung, mehr Bürokratieabbau und mehr bürgernahen Serviceleistungen im öffentlichen Dienst genau das Gegenteil getan

werden. Roland Staupe: „Nur mit einer nachhaltigen Modernisierungsoffensive können wir den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlichen Dienst stoppen.“

Der DBB NRW wartet daher gespannt auf den Auftakt des Modernisierungsdialo mit der NRW-Landesregierung Ende August. ■

## Interview

# Echte Lebensarbeitszeitkonten einführen

Neuer SPD-NRW-Fraktionsvorsitzender Jochen Ott im Interview

Die größte Oppositionspartei im Düsseldorfer Landtag, die SPD NRW, hat einen neuen Fraktionsvorsitzenden. Roland Staupe (Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion) und Hans-Joachim Klein (Chefredakteur des DBB NRW Magazins) haben ihn in seinem Büro im Landtag für ein Interview besucht und u. a. gefragt, wie der öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen attraktiver gemacht werden kann.

**DBB NRW Magazin:** Sie sind am 23. Mai 2023 gegen zwei Mitbewerber (Sarah Philipp und Sven Wolf) in der Nachfolge von Thomas Kutschaty zum Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. Welche Akzente wollen Sie in der jetzigen Legislaturperiode setzen?

**Jochen Ott:** Zunächst einmal: Die jetzige schwarz-grüne Landesregierung ist eine Koalition der enttäuschten Hoffnungen. Wohlfahrtsverbände sehen die soziale Infrastruktur vor dem Kollaps, Gewerkschaften bemängeln zu wenig Tempo bei Veränderungsprozessen und selbst Umweltverbände können keine ökologische Erneuerung erkennen. Unsere Aufgabe ist es daher, im demokratischen Diskurs echte Alternativen und ein soziales Gegenmodell anzubieten.

### Ein Kernthema der SPD NRW ist der funktionierende Staat

Eines der Kernthemen dabei ist der funktionierende Staat. Wenn Sie heute eine Familie gründen wollen, finden Sie in vielen Städten keine Wohnung, Sie haben große Schwierigkeiten eine Hebamme zu bekommen, eine Geburtsklinik zu finden. Ein Kitaplatz für Ihr Kind ist fast schon Glückssache. Die Mehrzahl der Menschen, die nicht wohlhabend sind, kann sich keinen schwachen Staat leisten. Da müssen wir ansetzen.

**DBB NRW Magazin:** Die SPD NRW setzt künftig auf eine Doppelspitze in der Parteiführung und will die Ämter Fraktion und Partei nicht in einer Hand lassen. Wie gehen Sie damit um, warum geht Ihre Partei diesen Weg?



Jochen Ott und Roland Staupe

**Jochen Ott:** Die SPD in NRW hat keine einfache Phase hinter sich. Wir müssen uns jetzt konsequent auf einen Neuaufbau konzentrieren. Dazu brauchen wir ein starkes Team. Der Vorschlag für den Parteivorsitz sieht mit Sarah Philipp zum einen eine erfahrene Landespolitikerin vor, die als Mitglied der Fraktion gemeinsam mit mir das Land und die Landesregierung fest im Blick hat. Mit Achim Post kandidiert zudem ein hochkarätiger Bundespolitiker für die Doppelspitze, der unser Mann in Berlin ist mit besten Verbindungen auch nach Brüssel.

**DBB NRW Magazin:** Sie sagen, Schwarz-Grün sei eine „Koali-

tion der enttäuschten Hoffnungen“. Wie begründen Sie dies?

### Landesregierung nicht in der Lage, ordnungsgemäßen Haushalt aufzustellen

**Jochen Ott:** Man muss sich neben der Kritik von Verbänden, Gewerkschaften und Organisationen doch nur das Haushaltschaos anschauen, das wir im vergangenen Jahr erlebt haben. Die Landesregierung ist nicht einmal in der Lage, einen ordnungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Wir haben drei Verfassungsklagen und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss innerhalb von nur einem Regierungsjahr,



hinzu kommt die große Unzufriedenheit an vielen Schulen. Das allein reicht, um zu beschreiben, auf welchem Weg diese Regierung ist.

**DBB NRW Magazin:** Was würden Sie besser bzw. anders machen, nicht zuletzt angesichts knapper finanzieller Ressourcen im Landeshalt?

**Jochen Ott:** Das Ressortprinzip macht uns auf Dauer handlungsunfähig. Das muss an den Stellen überwunden werden, wo es nötig ist. Wenn wir beispielsweise von der Schulreife der Kinder sprechen, dann ist das ein Thema, das mehrere Ressorts gleichzeitig (Kinder, Jugend, Schule, Soziales und Gesundheit) angeht.

Und anstatt das Problem aus einer Hand anzugehen, löst man das in Nordrhein-Westfalen weiterhin nur nach Ressortzuständigkeit. So ist eine moderne Herangehensweise nicht möglich. Und der Ministerpräsident zeigt auch keinerlei Bereitschaft, daran etwas zu verändern.

Ein Beispiel aus Hamburg: Während die Hansestadt alle Kinder schon mit viereinhalb Jahren untersucht, sollen die Kinder in NRW jetzt erst mit der Schulanmeldung an einem sogenannten Screening teilnehmen. Warum? Weil dann die Schulministerin formal zuständig ist. So kommen sich die Ressorts nicht ins Gehege. Obwohl jeder weiß, dass man in einem halben Jahr vor dem



Im Interview

Schuleintritt nichts mehr ändern kann.

Weder der Gesundheitsminister, der für die U-Untersuchungen zuständig ist, noch die für die Kitas zuständige Jugendministerin, geschweige denn Frau Feller als Schulministerin haben dieses Problem erkannt.

**DBB NRW Magazin:** Die NRW-Landesverwaltung bekommt zunehmend Nachwuchsprobleme. Was schlagen Sie vor, um die öffentliche Verwaltung attraktiver zu machen?

**Jochen Ott:** Vor allem sollte man über den öffentlichen Dienst nicht so verächtlich sprechen, wie das beispielsweise der designierte CDU-Generalsekretär Carsten Linneemann („Ein Land erstickt an sich selbst“) tut. Das wäre schon mal ein guter Anfang. Darüber hinaus müssen wir auch über finanzielle Anreize und bessere Rahmenbedingungen sprechen. Die Landes-

regierung hat vor 20 Jahren den Beschäftigten versprochen, die 41-Stunden-Wochenarbeitszeit wäre nur ein Provisorium. So etwas erhöht nicht die Glaubwürdigkeit und sorgt für Frust! Daher unser Vorschlag wie in Hessen: echte Lebensarbeitszeitkonten einführen, auf denen auch ein Teil der erhöhten Wochenarbeitszeit eingezahlt wird.

Wir haben zudem eine veränderte Generation, die deutlich stärker Wert auf Work-Life-Balance Wert legt. Damit rückt die Flexibilität von Arbeit in den Mittelpunkt. Dazu gehört beispielsweise eine gute Mischung aus Homeoffice und Präsenz am Arbeitsplatz.

### Deutschland-Ticket für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in NRW

Auch andere Anreize sind gefragt. Wir haben beispielsweise als SPD-Fraktion einen Arbeitgeberzuschuss zum Deutschland-Ticket für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen gefordert. Zudem muss unsere Meinung nach bei den unteren Einkommensgruppen geprüft werden, ob man dort zusätzliche Unterstützung gewähren kann.

Als SPD-Fraktion planen wir im Herbst eine Veranstaltung zur Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst. Dazu haben wir auch die Spitzen-

verbände eingeladen. Der Fachkräftemangel bereitet uns große Sorge. Für einen funktionierenden Staat brauchen wir Beamtinnen, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die diese Aufgaben erledigen können.

**DBB NRW Magazin:** Zu dem schweren Angriff auf Einsatzkräfte in einem Hochhaus in Ratingen im Mai d. J. haben Sie gefordert, nicht zur Tagesordnung überzugehen. Was muss aus Ihrer Sicht geschehen, damit man den Angriffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes Einhalt gebieten kann?

**Jochen Ott:** Entscheidend bei diesem Thema scheint mir auch zu sein, dass man das Bewusstsein in der Bevölkerung stärkt: Beamtinnen, Beamte und Angestellte des Staates vertreten uns alle. Es gibt aber leider immer wieder die vielen 100 Fälle, in denen Mitarbeitende der Kommune, des Landes und des Bundes beschimpft, bespuckt oder auch körperlich angegriffen werden. Die Menschen dürfen dabei nicht alleingelassen werden.

Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes müssen zum Beispiel die Möglichkeit erhalten, ohne größere Hindernisse abzufragen, ob Erkenntnisse hinsichtlich der Gewalttätigkeit von Personen vorliegen. Außerdem muss gemäß existierendem Erlass auch telefonisch Unterstützung durch die Polizei angefordert werden können. Das ist vielen Leitstellen aber noch nicht bekannt. Der Weg über die schriftliche Anforderung von Unterstützung ist dabei erwiesenermaßen praxisfern.

Klar ist: Dort, wo es zu Gewalt kommt, muss mit aller Härte des Gesetzes ein Signal gesetzt werden, das zeigt: Wir dulden das nicht.

**DBB NRW Magazin:** Herzlichen Dank für das Gespräch. ■



Hans-Joachim Klein, Roland Staude und Jochen Ott im Gespräch (v. l.)

© SPD-NRW-Fraktion (3)

## Roland Staudé zu Gast beim Parlamentarischem Sommerfest

Zum Start in die zweite Jahreshälfte sind rund 400 Gäste im Landtag Nordrhein-Westfalen zum Parlamentarischem Sommerfest zusammengekommen. Auch der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staudé**, nahm an dem Sommerfest teil. Er bedankte sich beim Präsidenten des Landtags, **André Kuper**, für die Einladung. Dieser hatte erstmalig zu dem Austausch von Politik, Kultur, Wirtschaft und internationaler Gemeinschaft eingeladen. ■



André Kuper und Roland Staudé

© Landtag NRW/Kai Kitschenberg



Roland Staudé und Jörg Blöming

© DBB NRW

## Politischer Sommeraustausch: Roland Staudé mit Jörg Blöming (MdL)

Zum inzwischen schon traditionellen Sommeraustausch außerhalb der politischen Tagesordnung trafen sich der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staudé**, und der personalpolitische Sprecher im Haushalts- und Finanzausschuss (UA Personal) des NRW Landtags, **Jörg Blöming** (MdL), in Lippstadt.

Dabei wurden die Themen Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst, Arbeitszeit, Digitalisierung und die anstehende Einkommensrunde erörtert. ■

### DBB intern

## Vorstandsklausursitzung des DBB NRW

Die Mitglieder des Vorstands befassten sich unter der Leitung ihres Vorsitzenden **Roland Staudé** auf ihrer Klausur am 3. August 2023 in der Landesgeschäftsstelle u. a. mit der Planung der gewerkschaftspolitischen Schwerpunkte für 2023/2024. Auch wurde der Stand der Modernisierungsoffensive des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen und mögliche Leiteträger für den DBB NRW Gewerkschaftstag 2024 thematisiert. ■



Gute Stimmung bei der Klausurtagung des DBB NRW Vorstandes

© DBB NRW



## DBB NRW Tarifkommission: kommende Einkommensrunde fest im Blick



Andreas Hemsing, Vorsitzender  
der DBB NRW Tarifkommission

Intensiv diskutierten die Mitglieder der DBB NRW Tarifkommission unter der Leitung ihres Vorsitzenden **Andreas Hemsing** am 10. August 2023 in der Landesgeschäftsstelle über die anstehende Tarifrunde der Länder (TV-L). Einig war man sich, dass die berechtigten Forderungen sichtbar von den Kolleginnen und Kollegen unterstützt werden müssen.

Außerdem wurde die zurückliegende Tarifrunde Bund und Kommunen (TVöD) bewertet. ■



Bei der Arbeit: die Mitglieder der Tarifkommission

© DBB NRW (2)

DBB intern



© DBB KV Unna

Peter Brunn

## Langjähriger Vorsitzender des DBB KV Unna Peter Brunn verstorben

Seit Dezember 1974 hat **Peter Brunn** den DBB Kreisverband Unna in seiner Funktion als 1. Vorsitzender geleitet und die Interessen der Mitglieder mit großem gewerkschaftlichen Engagement geführt und vertreten.

49 Jahre, die von großer Beständigkeit, Ehrlichkeit, Offenheit und Ideenreichtum geprägt waren. Peter hat sich in

der ganzen Zeit immer für die Belange des Kreisverbandes eingesetzt und war ein verlässlicher Ansprechpartner für die für den Landesbund so wichtige Basisarbeit vor Ort.

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion verliert mit Peter Brunn einen starken, selbstbestimmten, ehrlichen und humorvollen Kollegen, der fest mit seiner gewerkschaft-

lichen Tätigkeit für den DBB NRW verbunden war.

Sein unermüdlicher Einsatz für den Kreisverband auch nach seiner Pensionierung, seine Hilfsbereitschaft und Beständigkeit und sein Engagement wird allen, die ihn kannten, in Erinnerung bleiben.

Er wird uns fehlen! ■

## 75 Jahre Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW

Glückwunsch vom DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen (DRB NRW) feierte am 11. August 2023 seinen 75. Geburtstag und lud Mitglieder und Ehrengäste zu einem fröhlichen Sommerfest in die Maxigastro im Maximilianpark in Hamm ein.

Neben dem Minister der Justiz des Landes, **Dr. Benjamin Limbach**, und der Präsidentin des Oberlandesgerichts Hamm, **Gudrun Schäpers**, konnte der DRB NRW Vorsitzende **Christian Friehoff** auch den Vorsitzenden des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staude**, begrüßen. Staude gratulierte zu dem besonderen Geburtstag im Namen des Vorstandes des DBB NRW. ■



Christian Friehoff und Roland Staude

© DBB NRW

# Kurz nachgefragt bei Isabelle Biallaß, Think Tank Legal Tech und KI in der Justiz NRW

Eignet sich ChatGPT für den Einsatz in der Justiz?  
Wenn ja, in welchen Bereichen und in welchem Umfang?

Zu diesen Fragen habe ich am 13. Juni 2023 im Rechtsausschuss des Landtags NRW als sachverständige Privatperson Stellung genommen. Auch die nachstehende kurze Zusammenfassung meiner Bewertung gebe ich in dieser Rolle ab.

ChatGPT ist für einen Einsatz in der Rechtsprechung der Justiz Nordrhein-Westfalens nicht geeignet. Es wurden zwar mittlerweile Möglichkeiten gefunden, wie Anwältinnen und Anwälten ein datenschutzkonformer Betrieb ermöglicht werden kann, diese sind für die Justiz jedoch nicht geeignet. ChatGPT wird in diesem Fall in einer privaten Cloud betrieben und es fließen keine Daten nach OpenAI ab. Für die Justiz NRW wurde jedoch die Ent-

scheidung getroffen, dass unsere Rechtsprechungsdaten zur Wahrung der Gewaltenteilung in einem justizeigenen Rechenzentrum gespeichert werden.

**Besteht die Gefahr, dass Urteile von Richtern und Beschlüsse von Rechtspflegern in Zukunft vollständig durch ChatGPT gefertigt werden und nähern wir uns damit der Gefahr eines „Robo-Judges“?**

Wie bereits erklärt, kommt ein Einsatz von ChatGPT nicht in Betracht. Der Einsatz von anderen Large Language Models, die Anforderungen der Justiz, beispielsweise in Bezug auf Datenschutz, Informationssicherheit, Transparenz der Trainingsdaten erfüllen, bietet

jedoch ein großes Potenzial für die Justiz. Dieses wird sich jedoch nicht durch den Entwurf von vollständigen Urteilen und Beschlüssen für Rechtspfleger und Richter entfalten. Zum einen stehen dem rechtliche Hindernisse entgegen: Die Verantwortung für die Entscheidung muss ein Mensch übernehmen; wenn dieser nicht nachvollziehen kann, wie ein Entscheidungsentwurf zustande gekommen ist, ist dies nicht möglich. Zum anderen ist ein solches Sprachmodell nur in der Lage, Antworten aufgrund von Wahrscheinlichkeiten zu geben; zu den für juristische Antworten notwendigen Abwägungen und Einzelfallentscheidungen ist es nicht fähig. Seine Antworten klingen nur so. ■



© Privat

Isabelle Biallaß

## Zur Person:

Isabelle Biallaß ist Richterin am Amtsgericht Essen. Sie leitet den Think Tank Legal Tech und KI in der Justiz NRW, ist Mitglied im Vorstand des EDV-Gerichtstags und Lehrbeauftragte an der TH Köln.

dbb jugend nrw

## „Ich hatte nicht auf dem Schirm, mich selbst schützen zu müssen“

Landesjugendleiterin der dbb jugend nrw  
im Gespräch im ARD

**Mehr als die Hälfte der Staatsbediensteten kennt es, angegriffen und bedroht zu werden. Das bringt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Beamtenbundes ans Licht. Zu den Umfrageergebnissen und der Situation äußert sich auch die Vorsitzende der dbb jugend nrw, Susanne Aumann, im Fernsehen.**

„Es ist außergewöhnlich, dass ich mich als Mitarbeiterin einer Kommunalverwaltung damit befassen muss, mich selbst zu schützen“, sagt **Susanne Aumann**, Vorsitzende der dbb jugend nrw in der ARD. Mitte

August legte der Deutsche Beamtenbund neue Zahlen dazu auf den Tisch: Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst kann davon berichten, selbst beschimpft, bedroht oder angegriffen worden zu sein.

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Hans-Joachim Klein

Redaktion: Markus Klügel

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714, Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 45, gültig ab 1.1.2023, Ständige Beilage: dbb magazin, ISSN 1438-2989

## Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ bleibt hochaktuell

Obwohl schon seit Jahren ein Problembewusstsein für diese miserable Lage in Behörden und Politik herrscht, ist das Ruder immer noch nicht herumgerissen. Die Attacken gehen weiter. Einen Überblick über die seit Jahren ansteigende Zahl von Übergriffen dokumentiert die Deutsche Beamtenbund-Jugend NRW auf der Seite [www.angegriffen.info](http://www.angegriffen.info). Dort finden sich neben Erfahrungsberichten betroffener Staatsbediensteter auch Informationen über aktuelle Studien sowie Veränderung der Gesetzgebung und Initiativen, die helfen wollen, die Lage zu verbessern.

### „Die Hemmschwelle für Übergriffe ist gesunken“

Über die Ursachen zunehmender Gewalt weiß man inzwischen mehr. Das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen habe nachgelassen, betont der Vorsitzende des dbb, **Ulrich Silberbach**, begleitend zur Vorstellung der Umfrage des

Meinungsforschungsinstituts forsa, die der dbb in Auftrag gegeben hat. Die Hemmschwelle, verbal oder körper-



lich übergriffig zu werden, sinke dadurch, hält auch Susanne Aumann im Interview mit dem Morgenmagazin fest.

80 Prozent der forsa-Befragten konstatieren eine generell wahrnehmbare Verrohung der Gesellschaft. Eine der Folgen: Wer an der Basis arbeitet – wie beispielsweise in Sozialämtern oder Ordnungsbehörden – werde als Vertreter des Staates zur Zielscheibe für Menschen, die ihren Frust über den Staat

oder vermeintliche Fehlentscheidungen loswerden wollen. Fälle von Übergriffen auf der Straße gegenüber Ret-

notwendig, um Menschen, die ausrasten, klare Kante zeigen zu können.

Für wichtig hält Aumann vor allem Strafen, die sofort folgen und nicht erst nach Jahren. Aus diesem Grund hält sie auch die personelle Ausstattung in der Justiz für unverzichtbar. Auch bauliche Maßnahmen in den Ämtern müssten weiter verbessert werden. Ebenso könne die Verbesserung von Abläufen in Behörden dafür sorgen, das Aggressionspotenzial zu senken. „Wartezeiten müssen besser werden“, sagt Aumann im Interview.

tungsdiensten oder Polizisten reihen sich aneinander – doch auch Fälle in Behördenräumen zu.

### Mehr Personal nötig, um Situation beherrschbar zu machen

Man müsse einen anderen politischen Diskurs führen und für ausreichend Personal im Bereich der Justiz und beim Sicherheitsdienst der Behörden sorgen, sagt Silberbach. Das sei

Letztlich ist das Problem umfassender als es auf den ersten Blick scheinen mag: „Wir haben Sorge, dass eine solche Situation abschrecken könnte, sich im öffentlichen Dienst zu bewerben“, sagt die Vorsitzende der dbb jugend nrw. Möglichkeiten zur Verbesserung sieht sie in besseren Strukturen, Nachsorge-möglichkeiten für Betroffene und dem Rückhalt von Vorgesetzten und Arbeitgebern, Angriffe öffentlich zu machen und zu verfolgen. ■